

Antrag an die Mitgliederversammlung des fjr

Die Pläne, scheibchenweise die Wehrpflicht wieder einzuführen, stoßen bei der betroffenen Jugend mehrheitlich auf Ablehnung. Am voraussichtlichen Termin für die 2. und 3. Lesung des „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDModG)“ am 5. Dezember werden viele Jugendliche ihre Ablehnung und ihre gewünschten Perspektive bekunden:

- Keine Zwangsdiensste
- Abbau der Spannungen und Beenden der Kriege
- Wenn schon Schulden, dann für Bildung und Ökologie, für eine lebenswerte Zukunft der heutigen Jugendlichen
- Beteiligung der Jugend an den sie betreffenden Fragen!

Wir fordern die Schulleitungen auf, mögliche Aktionen während der Schulzeit nicht zu sanktionieren. Die Eltern fordern wir auf, darauf hinzuwirken.

Die Lehrerkonferenzen fordern wir auf, im Unterricht umfassende Informationen über Krieg und Frieden der einseitigen und massiven Bundeswehr-Reklame gegenüberzustellen. Sie kommen damit ihrem Berufsethos und ihrer Verpflichtung aus dem Beutelsbacher Konsens nach: keine „Überwältigung“ zuzulassen.

Dazu gehört auch die Information über das Verfassungsrecht der Kriegsdienstverweigerung in Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz. Unser Mitgliedsverband Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK hat die Hotline kdv-ffm@dfg-vk.de für Beratungsanfragen eingerichtet.

Frankfurt, den 27. 11. 2025